

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 10011

Druck: Kurt Schölerer & Co., Dresden, Postfach 10011

Abonnement: Dresden, Postfach 10011

Vor Fertigstellung der Notverordnung

Scharfe Rechtsopposition - Kampfanlage des Landbundes

Berlin, 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Das Reichskabinett hat heute die Verhandlungen über die neue Notverordnung fortgesetzt und will sie noch am Montag abschließen. Man rechnet daher mit einer längeren Kabinettsitzung, die sich gegebenenfalls bis spät in die Nacht hineinziehen kann. An der Spitze der „Rechtsopposition“ hat sich bei den Beratungen des Kabinetts nichts geändert, weil die Regierung in dieser Frage vollkommen von der Sozialdemokratie abhängig ist. In Regierungskreisen glaubt man annehmen zu können, daß sich aus dem Verlauf des sozialdemokratischen Parteitages keine Schwierigkeiten für die Regierung ergeben werden, nachdem die Regierung die alte sozialdemokratische Forderung, durch eine neue Steuer die Einkommen der mittleren und höheren Angestellten härter zu belasten, erfüllt worden ist. Zwar wird im sozialdemokratischen Lager der bisher bekannt gewordene Inhalt der Notverordnung ziemlich scharf kritisiert, doch halten sich die offiziellen Stellen der Sozialdemokratie noch zurück. Die stärkste Kritik wird an der Notverordnung der Regierung in allen politischen Kreisen rechts vom Zentrum geübt, und auch in der Volkspartei.

Man sieht sich mit dem, was die neue Brünning'sche Notverordnung bringen wird, nur sehr schwer befreunden zu können. Die Reichstagsfraktion tritt heute nachmittags zusammen. Ursprünglich war ein späterer Termin beabsichtigt. Der Abgeordnete Dingeldey hat es aber für nötig gehalten, schon jetzt eine Stellungnahme der Fraktion zu dem herbeizuführen, was bisher über den Inhalt der Notverordnung bekannt geworden ist. Wie wir erfahren, hat sich ein besonderer Ausschuss der Fraktion bereits am vergangenen Freitag mit diesen Dingen beschäftigt. Nach dem Ergebnis dieser Beratung muß man annehmen, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei sich nicht in allen Punkten mit dem Sanierungsprogramm der Reichsregierung, wenn es in der Notverordnung zum Ausdruck kommen wird, einverstanden erklären wird. Die Fraktion hätte vielmehr

ein eigenes Programm vorlegen.

in dessen Mittelpunkt gewisse Monopolvorschlüsse stehen, die nach Auffassung führender volksparteilicher Kreise geeignet sind, dem Reich in absehbarer Zeit erhebliche Mittel zu zuführen. Darüber hinaus tritt die Deutsche Volkspartei für Steuererhöhungen ein, da sie glaubt, daß eine Belastung der Wirtschaft und damit eine Vermehrung der Reichseinnahmen angeht, die augenblicklichen „Steuerbären“ am besten auf diesem Wege erzielt werden kann. Daneben verlangt die Deutsche Volkspartei äußerste Sparlichkeit bei den Gemeinden, d. h. durch Abbau der Ausgaben und Abbau der Verwaltung, Einsparungen auf personellem Gebiete usw. Es ist anzunehmen, daß der Führer der Deutschen Volkspartei dem Reichskanzler Vorschläge dieser Art unterbreiten wird.

Der Reichskanzler wird — wie es heißt, soll die Notverordnung am Mittwoch auch dem Reichsrat unterbreitet werden — einer politischen Auseinandersetzung durch seine Rolle nach Chequers aus dem Wege gehen. Da der Reichskanzler und Dr. Curtius erst am 10. Juni von Chequers zurückkehren, sind vor Mitte Juni Besprechungen der Parteiführer mit Dr. Brüning nicht möglich. Da man auch in Regierungskreisen sich über die Ergebnisse der Konferenz von Chequers keinen großen Illusionen hingibt, so wird der Reichskanzler nach seiner Rückkehr nach Berlin wahrscheinlich mit dem Hinweis auf die schlechten Aussichten in der Reparationsfrage die Regierungsparteien zu veranlassen suchen, den Inhalt der Notverordnung zu billigen. Um nach der rechten Seite hin wenigstens etwas Deckung zu haben, hat der Reichskanzler unter Verzicht auf wesentliche Teile der Notverordnung vom Dezember des letzten Jahres

mit der bayerischen Regierung in dem Steuerstreit, der schon den Staatsgerichtshof beschäftigt, einen vorläufigen Frieden abgeschlossen.

Die Spannung, die schon längere Zeit zwischen dem Reichskanzler und dem Reichslandbund bestand, ist jetzt zur schärfsten Opposition des Reichslandbundes gegen die Reichsregierung geworden. Nach der Erklärung des Reichskanzlers gegenüber den sozialdemokratischen Vertretern, daß die Reichsregierung mit Rücksicht auf den Votpreis sich auch gezwungen sehen könnte, die Hilfe für Brotgetreide herabzusetzen, hat

der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth,

in einer Rede in Pölanen erklärt, daß diese Ankündigung des Reichskanzlers genügt habe, den Getreidemarkt ins Wanken zu bringen und der Landwirtschaft schweren Schaden anzufügen. In allen Kreisen der deutschen Landwirtschaft sei das Vertrauen zum Reichskabinett vollkommen erschüttert.

Reichskanzler Dr. Brüning hat Montag vormittag vor der Kabinettsitzung die Vertreter der Beamten- und Spitzenorganisationen empfangen. Bei dieser Audienz handelt es sich um die Unterrichtung der Beamtenvertreter über die tatsächlichen Pläne der Regierung und die Notwendigkeit ihrer Durchführung.

Die sächsischen Industriellen warnen

Dresden, 1. Juni. Der Verband Sächsischer Industrieller hat folgende Eingabe an die Reichsregierung gerichtet: Die sächsische Industrie ist durch Zeitungsmeldungen über die Erwägungen und Pläne der Reichsregierung für die bevorstehende Notverordnung aufs schwerste beunruhigt. Wenngleich sich aus den Meldungen ein klares Bild nicht gestalten läßt, so gewinnt man doch den bestimmten Eindruck, daß innerhalb der Reichsregierung auch Vorschläge besprochen werden, die eine erneute Erhöhung der steuerlichen Belastung der Wirtschaft zum Gegenstand haben. Die letzten Jahre, besonders das Rechnungsjahr 1931, haben den einwandfreien Beweis dafür erbracht, daß jede Erhöhung der steuerlichen Belastung der Wirtschaft zu einem Rückgang des Aufkommens und zur Verstärkung der Arbeitslosigkeit führen muß. Die Industrie leidet heute zum weitaus größten Teile nur noch von der allmählichen Liquidierung ihres Betriebsvermögens. Sie

bedarf dringend einer steuerlichen Entlastung und ist völlig außerstande, neue Belastungen auf sich zu nehmen. Eine Senkung der Selbstkosten der Industrie, die der Reichskanzler selbst am 23. Januar 1931 auf der Kottagung des BDI, in Chemnitz als erforderlich bezeichnet hat, ist bestimmt nicht auf dem Wege einer Erhöhung der Einkommensteuer, der Zuschläge zur Einkommensteuer, der Umsatzsteuer und der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu erreichen. Dabei muß es als besonders bedauerlich und als gefährlich bezeichnet werden, daß eine Erhöhung der Einkommensteuer und der Zuschläge zur Einkommensteuer wiederum in gleichem Maße den einzelnen Unternehmer belasten würden. In dieser Unternehmung schon durch die Steuerpolitik der letzten Jahre besonders hart betroffen worden, so ist es unverständlich, mit welcher Berechtigung man gerade ihn erneut belasten will, um so mehr, als der Reichskanzler am 23. Januar in Chemnitz den Schutz des Einzelunternehmers als wirtschaftlichen und sozialen Grund als unerlässlich erklärt hat. Wir bitten deshalb nicht nur im Interesse der Industrie, sondern vor allem im Interesse der Volksgemeinschaft, jede Erhöhung der Steuerbelastung der Industrie und insbesondere auch des Einzelunternehmers unbedingt zu vermeiden.

Die nationalen Aufgaben der Tagespresse

Die Wiener Zeitungsverleger-Zugung

Wien, 1. Juni. Im Philharmonie-Saal der Burg begannen heute die Verhandlungen der 37. Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger mit einem Festakt, zu dem außer den Tagungsmitgliedern viele Ehrengäste und Vertreter der österreichischen Bundesregierung und der deutschen Reichsregierung erschienen waren. Nachdem das Wiener Einfontenverleger unter Leitung seines Dirigenten Dr. Walter Cornelius das „Meisterlied“-Vorspiel vorgetragen hatte, nahm der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, das Wort. Er sprach der Bundesregierung, der Stadt Wien und dem Verbande der Herausgeber der österreichischen Tageszeitungen seinen Dank aus für die Einladung nach Wien. Nachdem er die zahlreichen Ehrengäste begrüßt hatte, gedachte er mit

Anerkennung der deutschen Minderheitenpresse.

in den verschiedenen Ländern auf schwierigen und bedrohlichen Pfosten für die Erhaltung deutscher Art und deutschen Volkstums mutig kämpft. Der Redner kam dann auf die Wechselwirkung zwischen Presse und Volk zu sprechen. Er erklärte u. a.: „Von Anbeginn hat es der Verein Deutscher Zeitungsverleger als eine seiner Hauptaufgaben erachtet, das Bewußtsein der letzten und höchsten Verantwortung zu schaffen. Gerade in unseren mit Hochspannung erfüllten Tagen erwacht der gesamten deutschen Presse eine gewaltige Fülle bedeutungsvoller und verantwortungsschwerer Aufgaben, auch in bezug auf unser gemeinsames Schicksal.“

Durch nichts kann diese Schicksalsgemeinschaft stärker betont werden, als durch die Ereignisse der letzten Tage. Der Wunsch Österreichs und Deutschlands, dem deutschen Volke beider Staaten einen breiteren und größeren

Wirtschafts- und Bewegungsraum zu schaffen und so eine wirtschaftliche Verbindung Mitteleuropas anzubahnen, ist bekanntlich im Völkerbundsrat auf den schärfsten Widerstand gestoßen. Heute, wo das Deutschland der äußeren Machtmittel beraubt ist, sind es allein die moralischen Kräfte, mit denen wir unsere Weltgeltung zu erringen und zu bewahren vermögen, und das wichtigste Werkzeug dafür ist die Presse. Für uns alle, die wir deutschen Volkes und deutscher Junge sind, ist die deutsche Sprache, ist das gedruckte deutsche Wort, ist die deutsche Zeitung das einigende Band geistiger Zusammengehörigkeit und gemeinsamen Volkstums. Angesichts des unheimlichen Reichtums an Gütern des Geisteslebens, der Kunst, der Wissenschaft, der Technik, die das deutsche Volk der Welt geschenkt hat, sind wir stolz darauf, dieser Volksgemeinschaft anzugehören.

Unter Stolz kann durch äußeres Mißgeschick nicht gedrosen werden.

In diesem Bewußtsein empfinden wir den heutigen Tag als einen Ehrentag für das gesamte Deutschum.“

Der Redner schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Bundespräsidenten Miklas, den Reichspräsidenten v. Hindenburg und das gesamte Deutschum.

Darauf übermittelte der Vorstand des Bundespresidents, Graf v. Helldorf, die Grüße der österreichischen Bundesregierung. Die Grüße und Wünsche der deutschen Reichsregierung überbrachte der Ministerialdirektent in der Presseabteilung der Reichsregierung, Geheimrat von Kaufmann. Die Reichsregierung verfolge die Tagung mit großem Interesse. Sie wisse, daß die Zeitungsverleger kein Opfer scheuen würden, um im Interesse des deutschen Namens und des deutschen Volkes weiterhin zu wirken.

Für den Verband der Herausgeber österreichischer Tageszeitungen richtete deren Präsident, Kommerzialrat Flegel, Begrüßungsworte an die Versammlung.

Keine Rundfunkübertragung des Stahlhelmappells

Breslau, 1. Juni. Die Schlesiische Funktunde hatte anläßlich des Stahlhelm-Appells eine Rundfunkübertragung beabsichtigt, der der Breslauer Überwachungsamtstand wie auch der Intendant der Schlesiischen Funktunde loyal gegenüberstanden. Nun ist vom Überwachungsamtstand in Berlin das folgende Schreiben eingetroffen: „Der in Aussicht genommene Hörbericht kann nicht stattfinden.“

Daß die Breslauer Stellen die Rundgebung in ihr Sendeprogramm aufnehmen, beweist, wie diese Stellen in der ganzen Uebertragung nur eine Selbstverständlichkeit sehen. Deshalb kann man es nur bedauern, wenn sich nun die maßgebende Berliner Leitung mit dem Verbot der „Stahlhelm“-Übertragung auf ein Gebiet begeben hat, das in den weitesten Kreisen der Öhrer bestimmt kein Verständnis findet, sondern — angesichts der sonstigen Gesamtauswahl des Stoffes — nur harte Bequemden erregt.

Der Rundflug der „G 38“ abgefragt

Nach eine Folge der Notverordnung

Berlin, 1. Juni. Wie wir erfahren, mußte der Deutschlandrundflug der „G 38“, dessen Beginn für den 2. Juni vorgesehen war und der das Flugzeug vor seiner Verwendung im allgemeinen Luftverkehr durch eine Reihe von Städten führen sollte, abgefragt werden. Der Abfrage liegen die neuen Sparmaßnahmen zugrunde, die die bevorstehende Notverordnung enthält und durch die auch der Haushalt des Luftverkehrs erheblich betroffen wird.

Unwetter verwüstet Berliner Vororte

Berlin, 1. Juni. Das schwere Unwetter, das Sonntagabend fünf Stunden lang über Berlin und seiner Umgebung tobte, hat katastrophale Verheerungen angerichtet. Während die Innenstadt selbst vom Schlimmsten verschont blieb, sind die Außenbezirke und Vororte stellenweise förmlich verwüstet worden. Gleich reichenden Strömen klossen die Regenschuten durch die Straßen und überschwemmten Keller und Läden, verursachten Wasserrohrbrüche, durch die wiederum die Haardämme und Bürgersteige aufgerissen und überflutet wurden, bildeten Seen, in denen Autos, Wagen und vollbesetzte Autobusse hilflos hocken blieben, und legten den Verkehr stellenweise völlig lahm.

Im Bunde mit dem Regengüssen vollbrachte der orkanartige Sturm sein Vernichtungswerk. Ganze Reihen von Siedlungshäusern wurden innerhalb weniger Sekunden abgedeckt. Schaufensterscheiben wurden eingebrochen, Baumgerüste umgeworfen und der Putz von den Hausfronten gelöst, durch den an verschiedenen Stellen Passanten getroffen und verletzt wurden.

Schweres Unwetter im Allgäu

München, 1. Juni. In den letzten Tagen gingen in verschiedenen Waldgebieten Bayerns schwere Gewitter nieder. Ein besonders schweres Gewitter suchte am Sonntagabend nachmittag die Gegend von Isfassen im Allgäu heim. Besonders hart in Mitleidenschaft gezogen wurde das Gebiet zwischen Fronten und See. Hier vernichtete ein schwerer Hagel alles, was auf den Feldern stand und an den Bäumen hing. Eine Stunde nach dem Unwetter konnten noch Hagelkörner im Gewicht von 50 bis 90 g gesammelt werden. Die Dächer der Häuser wurden wie Eise durchschlagen.